

# Beide Seiten finden: «Es geht nicht mehr»

Die Familie Pauli ist mit der Aufnahme einer Mutter mit zwei Töchtern aus der Ukraine an ihre Grenzen gestossen

MICHAEL VON LEDEBUR

Im Frühling 2022 setzt sich Kseniia Chamlai, 37 Jahre alt und ausgebildete Ökonomin aus Kiew, in ihr Auto. Sie ist aus ihrer Heimatstadt geflüchtet, als die Bomben fielen, ihr Mann blieb zurück. In Deutschland ist sie kurzzeitig untergekommen. Nun fährt sie mit ihren Kindern nach Zürich. Ziel ist der Zürichberg. Dort trifft sie Cathrine Pauli, Zürcher FDP-Gemeinderätin, Unternehmensberaterin und Mutter von zwei Kindern im Alter von 14 und 15 Jahren.

Via Facebook haben sich die beiden Frauen kennengelernt. Das gemeinsame Mittagessen gelingt. Chamlai zieht mit ihren beiden Töchtern im Alter von 11 und 13 Jahren nach Zürich-Fluntern, in ein 17 Quadratmeter grosses Zimmer mit eigenem Bad.

Heute, vier Monate später, finden Cathrine Pauli und Kseniia Chamlai unisono: «Es geht nicht mehr.»

## Auf zu engem Raum

Die NZZ hat die Familien im März besucht. Die beiden Frauen sind aus ähnlichem Holz geschnitzt, sie kommen eigentlich sehr gut aus. Sie sagen, sie hätten keinen Streit. Aber die Unterschiede wirkten sich zunehmend aus beim Zusammenleben auf engem Raum. Nicht nur Cathrine Pauli, auch Kseniia Chamlai vermisst die Privatsphäre. So sehr, dass sie unbedingt ausziehen will.

Die Erkenntnis der beiden Frauen ist: Wer auf so kleinem Raum zusammenlebt, spürt die kulturellen Unterschiede sehr stark. Ein Beispiel: In ukrainischen Familien ist es weniger Tradition, gemeinsam zu essen. Unterschiedliche Essgewohnheiten und unterschiedliche Nutzungen der Küche sind aber konfliktträchtig. Differenzen gibt es auch in der Erziehung. Pauli hat beobachtet, dass sich viele ukrainische Kinder oft in den sozialen Netzwerken aufhalten, während Schweizer Eltern ihrem Nachwuchs diesbezüglich eher Regeln auferlegen. Das sei verständlich, weil für sie der Kontakt in die Heimat wichtig sei, sagt Pauli. Doch sie hat den Eindruck, dass sie dadurch nie recht ankommen. Es sind vermeintliche Kleinigkeiten. Auf Dauer wirken sie sich jedoch aus.

Cathrine Pauli sieht, wie sehr die ukrainischen Frauen unter Druck stehen: Jobsuche, die Sorge um das Befinden der eigenen Kinder, die Partnerschaft mit den daheimgebliebenen Ehemännern, die Schreckensnachrichten aus der Heimat. Sie sagt: «Man spricht von Familien, die hierhergeflüchtet sind. Aber eigentlich sind es alleinerziehende Mütter.» Chamlai sagt, sie spüre die Erwartung vieler Schweizer, dass die Ukrainerinnen sich integrierten, die Sprache lernten. Sie verstehe das, aber es sei für viele nicht so einfach.

Alternativen zur privaten Unterbringung auf eigene Faust zu finden, ist sehr schwierig. Das zeigt sich bei Kseniia Chamlai exemplarisch. Dabei ist sie privilegiert, weil sie sehr gut Englisch spricht. Sie hat sogar eine Anstellung beim Zürcher Staatsarchiv gefunden. Sie will möglichst schnell auf eigenen Beinen stehen. Sozialhilfe muss sie nicht mehr in Anspruch nehmen. Das ist aussergewöhnlich. Vielen fehlen die Sprachkenntnisse, sie können kaum Englisch und schon gar kein Deutsch – und die Kinderbetreuung steht einer Anstellung ebenfalls oft im Weg.

Ohne Job ist es sowieso so gut wie unmöglich, auf eigene Faust eine neue Bleibe zu finden. Flüchtlinge können sich eine Wohnung suchen und erhalten dafür staatliche Unterstützung, in der Stadt Zürich sind es maximal 1200 Franken für eine und insgesamt 1500 Franken für zwei Personen. Zu diesen Preisen



Die Privatsphäre komme auf die Dauer zu kurz, sagt die FDP-Gemeinderätin Cathrine Pauli.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

gibt es in der Stadt Zürich aber kaum Wohnungen.

## 90 Prozent bei Privaten

Selbst Chamlai, die einen Lohn erhält, hat Mühe. Und sie bekommt etwas zu spüren, das ihr völlig fremd ist: Gemeindegrenzen. Diese spielen im Umgang mit Flüchtlingen im Kanton Zürich eine wichtige Rolle. Sie werden nach einer Quote verteilt – derzeit liegt diese bei 9 Flüchtlingen pro 1000 Einwohner. Gemeinden können über diese Quote hinausgehen, müssen aber nicht. Denn das hat Kostenfolgen in der Sozialhilfe sowie bei den Lehrerröhnen, falls Flüchtlingskinder in die Gemeinde ziehen.

Die Konsequenz dieser Grenzen ist für Chamlai, dass sie nicht ausserhalb der Stadt suchen darf. Nicht in Winterthur oder Glattfelden, wo es günstigen Wohnraum gibt. Das lässt sie lange verzweifeln.

Auf eigene Faust hat Chamlai sogar ein leerstehendes Haus in einer Seegemeinde gefunden, das die Besitzer während eines Jahres hätten zur Verfügung stellen wollen. Doch die Gemeindegrenze war im Weg, die Gemeinde hat ihr Kontingent bereits erfüllt. Kseniia Chamlai fühlt sich wie eingeschlossen.

Ist die private Unterbringung eine Lösung auf Zeit – eine Zeit, die nun abläuft? So pauschal lässt sich das nicht sagen, es gibt auch Beispiele, bei denen es gut klappt. Fest steht jedoch eines: Je mehr Gastverhältnisse aufgelöst werden, desto grösser sind die Herausforderungen, die auf die Behörden zukommen.

Pressekonferenz in Zürich am Dienstag, Thema: Werkstattbericht zu den Geflüchteten aus der Ukraine. Sicherheitsdirektor Mario Fehr (parteilos) sagt, die Privaten beherbergten die Flüchtlinge «länger als erwartet, und dafür sind wir sehr dankbar». Jörg Kündig (FDP), Präsident des Gemeindepräsidentenverbands und Gemeindepräsident von Gossau, berichtet von «einer gewissen Unruhe», die er spüre. Die Gemeinden müssten mit dem Szenario rechnen, dass bisher privat untergebrachte Flüchtlinge bei ihnen anklopften.

Bei der Stadt Zürich hingegen beurteilt man die Situation als problemlos. Nach ersten Anlaufschwierigkeiten funktioniere es gut mit der privaten

«Man hofft, dass dieser Krieg wie durch ein Wunder schnell vorbeigeht, aber das wird nicht passieren.»

Thorsten Priewe  
Gründer des Vereins Ukrainehilfe

Unterbringung. Der Eindruck fusst unter anderem auf einer Umfrage des Sozialdepartements bei Gastfamilien. Nur wenige Flüchtlinge meldeten sich beim Sozialdepartement für eine Umplatzierung – etwa 5 pro Woche, dies bei 2000 privat untergebrachten Personen. 70 wohnen in einer städtischen Kollektivunterkunft, knapp 90 weitere in Wohnungen der Asylorganisation Zürich. Somit sind 90 Prozent der Flüchtlinge privat untergebracht.

Bei der Einschätzung mag eine Portion Zweioptimismus mitschwingen. Der Sozialvorsteher Raphael Golta (SP) sagt: «Würden sämtliche privaten Wohnverhältnisse morgen beendet, hätten wir nicht genügend Platz in Wohnungen zur Verfügung.» Deshalb wolle man den Kontakt zu den Gastgebern gut pflegen.

Ob die Stadt Zürich diesem Anspruch gerecht wird, ist eine andere Frage. Gastfamilien wie Geflüchtete berichten anderes: Sie kritisieren deutlich, dass sie schlecht informiert würden, niemand nehme mit ihnen Kontakt auf. Golta sagt, die Stadt sei unmöglich in der Lage, alle Geflüchteten, die sich selber eine private Unterbringung organisiert hätten, persönlich besuchen zu lassen. Aber man schreibe alle an, deren Adresse man kenne. Die Stadt hat zudem eine Anlaufstelle für Gastfamilien eingerichtet.

Im Gespräch mit der NZZ sehen viele Gastfamilien und Geflüchtete die Situation in der Stadt Zürich kritisch – unter ihnen Familien, die das Gastverhältnis beendet haben. Vieles sei positiv gewesen, aber sie hätten ihr Bedürfnis nach Privatsphäre unterschätzt. Es

sei halt doch jemand «Fremdes» in der eigenen Wohnung. Und die Perspektive hat sich verschoben. Im Frühjahr wollten Gastfamilien kurzfristig in der Not helfen. Nun ist völlig offen, wie lange die Flüchtlinge bleiben.

Thorsten Priewe, Gründer des Vereins Ukrainehilfe, hat gar den Eindruck, als laufe man sehenden Auges in ein Chaos hinein – Gastfamilien, Geflüchtete, Behörden. «Man hofft, dass dieser Krieg wie durch ein Wunder schnell vorbeigeht, aber das wird nicht passieren.» Am Anfang sei die Solidarität gross gewesen, aber mit der Zeit bedeute eine private Unterbringung einfach eine Einschränkung der Privatsphäre. Das sei selbst bei ihm so gewesen, als die Schwiegereltern aus der Ukraine fast drei Monate zu Gast gewesen seien. Es komme immer öfter vor, dass Gastfamilien ihre neuen Mitbewohner höflich bäten, zu gehen.

## Eigene Wohnung erhalten

Für die Geflüchteten sei es allerdings nicht erstrebenswert, von der Stadt oder konkret der Asylorganisation Zürich (AOZ) mit fremden Menschen in eine WG eingeteilt zu werden. Zumal sich jedes Zimmer mindestens zwei Flüchtlinge teilen müssen. Das habe nichts mit Verwöhntheit zu tun. «Es sind Leute mit ähnlichen Lebenssituation wie wir.» Und anders als bei früheren Flüchtlingswellen seien es eben weniger junge Männer, sondern Mütter mit Kindern, die kämen.

Es ist nicht so, dass die städtischen Behörden keine Unterkünfte zur Verfügung hätten. Die Tamedia-Zeitungen berichteten am Dienstag von 1000 freien Plätzen in Wohnungen. Die Vergabe einer solchen Wohnung an Leute, die auf dem freien Markt eine Wohnung suchen, ist nicht möglich. Nur wer angibt, die private Unterbringung sei beendet worden, kommt unter – kurzfristig in einer Notunterkunft, mittelfristig in einer Wohnung.

Viele dürften die Vorstellung haben, nach dem Auszug bei der Gastfamilie in ein Containerdorf verfrachtet zu werden, und sich dadurch abschrecken lassen. Dies war auch bei Kseniia Chamlai der Fall: Diese Option «sei keine Option», sagte sie noch Mitte Juni im Gespräch mit der NZZ. Das wolle sie ihren Kindern nicht zumuten.

Sie betont, sie sei von der AOZ explizit angehalten worden, auf eigene Faust zu suchen. Doch nach zahllosen Enttäuschungen bei der Wohnungssuche macht sie die Meldung, ihr Gastfamilienverhältnis sei aufgelöst.

Just am Dienstagmittag meldet sich Kseniia Chamlai per Mail. Sie habe Post von der AOZ erhalten. Binnen einer Woche kann sie mit ihren beiden Mädchen in eine eigene Zweizimmerwohnung im gleichen Stadtquartier ziehen. «Ich könnte weinen vor Freude», schreibt sie. Viele andere harren weiter aus. Sie versuchen, im «Burgfrieden» mit den Gastfamilien zu überwintern, solange es eben geht. Oder bis doch wieder der Staat übernimmt.

## Ukrainische Flüchtlinge im Kanton Zürich

Stand Juli 2022

Personen mit Schutzstatus S	10 400
Wöchentliche Zuweisung von Flüchtlingen an den Kanton Zürich	108
Anzahl Kinder im schulpflichtigen Alter	2 300
Personen unter 18 Jahren, in Prozent	30
Anteil Frauen und Mädchen, in Prozent	70